

Der Vollzugsdienst

2/2017 – 64. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Tarifverhandlungen 2017:
Was bringt uns der neue
Tarifvertrag?**

Der Justizvollzugsdienst wurde
besonders berücksichtigt

Seite 1

**Parlamentarischer Abend im
dbb Forum – Zentrales Thema:
Gewalt gegen Bedienstete**

Gefahr der Bagatellisierung
und Verharmlosung

Seite 2

**Kosten rund 80 Millionen Euro:
Passau erhält
neue Justizvollzugsanstalt**

Personalbedarf von
200 Stellen eingepplant

Seite 17



Foto: © Friedhelm Windmüller

Gemeinsame Demonstration von Beamten und Tarifbeschäftigten



Saarland



Nordrhein-Westfalen



Sachsen

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Tarifverhandlungen 2017:
Was bringt uns der neue
Tarifvertrag?
- 2 Parlamentarischer Abend im dbb Forum:
Zentrales Thema:
Gewalt gegen Bedienstete
- 3 IRZ sucht für Einsätze in internationalen
Projekten interessierte Mitarbeiter/innen
aus dem Strafvollzug
- 4 Seniorenarbeit in den
Landesverbänden auf Bundesebene
bündeln

LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 17 Bayern
- 20 Berlin
- 25 Brandenburg
- 28 Bremen
- 29 Hamburg
- 32 Hessen
- 38 Mecklenburg-Vorpommern
- 42 Niedersachsen
- 44 Nordrhein-Westfalen
- 58 Rheinland-Pfalz
- 62 Saarland
- 64 Sachsen
- 67 Sachsen-Anhalt
- 69 Schleswig-Holstein
- 75 Thüringen

ENTGELTTABELLEN

- 80 TV-L Allgemeiner Teil
- 84 Übergangszahlung für Beschäftigte im
Justizvollzugsdienst der Länder, sowie im
feuerwehrtechnischen Dienst der
Freien Hansestadt Hamburg sowie des
Landes Berlin
- 84 Vollzugszulage



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundeschvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundeschvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundeschvorsitzender	Axel Lehrer	axel.lehrer@bsbd.de
Stellv. Bundeschvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundeschvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundeschvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 3/2017:

 **15. Mai 2017**

Offener Informationsaustausch:

Antrittsbesuch beim neuen Justizsenator Dirk Behrendt

BSBD Berlin macht auf dringenden Veränderungsbedarf aufmerksam – Schwierige Situation in Berliner JVA'en

Die Landesleitung des BSBD Berlin hat, nach fast genau den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit, beim neuen Justizsenator Dirk Behrendt ihren Antrittsbesuch durchgeführt.

Der Landesvorsitzende **Thomas Goiny** und die Stellvertreter **Birgit Polnik** und **Thomas Bestmann** haben in dem sehr offenen Gespräch auf die aktuell schwierige Situation in den Berliner Justizvollzugsanstalten u. a. in der JVA Moabit hingewiesen. In dem Informationsaustausch wurden vor allem die Personalgewinnung und die hohen Personalabgänge der nächsten Jahre als die herausragenden Themen angesehen. Dabei war man sich auch mit den anwesenden Verwaltungsvertretern/innen einig, dass die bisher umgesetzten Standards zur Personalbewertung im Jus-

tizvollzug in die richtige Richtung weisen. Die Landesleitung sieht hier aber weiterhin dringenden Veränderungsbedarf und hat auf die Ausnahmen zu den Stellenobergrenzen bis zum Ende der Legislaturperiode hingewiesen.

Nur eine dauerhafte Abkehr der bisherigen Stellenobergrenzen kann entsprechende Perspektiven schaffen.

In der vertrauensvollen Atmosphäre hat die Landesleitung auf die aus ihrer Sicht dringendsten Veränderungen der nächsten Jahre hingewiesen. Dazu zählen zur Personalgewinnung zusätzlich Perspektivplanung und Personalentwicklung, die Fortführung des Gesundheitspaktes, als auch Erhöhung der Schicht- und Wechseldienstzulage und für die Zulage für die Dienste zu ungünstigen Zeiten. Im Personalbereich hat der **BSBD** Berlin seine

bisherige Forderung nach zusätzlichen Personaleinstellungen als Tarifbeschäftigte erneut vorgetragen. Hier ist eine zeitnahe Unterstützung durch Einstellung in den Vollzugsanstalten zu den bisherigen Ausbildungslehrgängen möglich. Zudem wurde auf die Einhaltung der Zusagen für die Ausbildungslehrgänge für ihre jeweilige Anstalt hingewiesen.

Personalentwicklung und Perspektivplanung für den einzelnen Beschäftigten muss, neben finanziellen Anreizen, auch durch die Veränderung der Laufbahnstrukturen ermöglicht werden. Die Bewertung von Stellen muss mit dem „Endamt“ der Laufbahn vor der Pensionierung möglich sein. Zusätzliche höherwertige Stellen spiegeln auch die Anerkennung und Wertschätzung der schwierigen Aufgaben im Justizvollzug wieder.

Die Landesleitung hat auch das Problem der Beschäftigung und Qualifizierung der Inhaftierten angesprochen. Hier können die Arbeitsbetriebe in den Haftanstalten mehr leisten als bisher geplant.

Dazu müssten die Gefangenen effizienter eingesetzt werden, was zukünftig durch die Einweisungsabteilung und das neue Kompetenzfeststellungsverfahren in der JVA Moabit gewährleistet werden soll.

Der **BSBD** Berlin ist der Meinung, dass durch qualifizierte Beschäftigte hier mehr zu erreichen ist. Das würde bedeuten, dass die Werkmeister und Betriebsleiter mit Meistertitel auch zum gehobenen Dienst gehören.

Der **BSBD** Berlin wird sich auch weiterhin für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigte im Justizvollzug einsetzen.



V.l.n.r.: Thomas Bestmann, Birgit Polnik, Senator Dirk Behrendt und Thomas Goiny. Foto BSBD Berlin

Frauenförderung 4.0

Internationaler Frauentag am 8. März: Gemeinsam mehr bewegen!

BSBD Berlin für mehr Gerechtigkeit! – 25 % der Beschäftigten in den Haftanstalten Berlins sind weiblich

Die dbb bundesfrauenvertretung ruft zum Internationalen Frauentag am 8. März 2017 zu mehr Solidarität auf. „Wir Frauen kämpfen seit über 100 Jahren für ein selbstbestimmtes Leben. In Zeiten der digitalen Revolution dürfen wir die Ziele der weiblichen Emanzipation jetzt nicht aus den Augen verlieren“, erklärte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 7. März 2017.

Vor allem berufstätige Mütter würden immer mehr zu Getriebenen. „Der Druck seitens der Arbeitgeber nimmt merklich zu. Neben der Erwartungshaltung auch nach Feierabend noch erreichbar zu sein, sind immer mehr Aufgaben in immer kürzerer Zeit zu erledigen. On Top kommen die privaten und familiären Verpflichtungen“, unterstrich **Wildfeuer**. Bei stetig sinkenden Personalzahlen bekäme

vor allem auch die weibliche Belegschaft im öffentlichen Dienst die steigenden Belastungen zu spüren. „Hier müssen wir Frauen uns noch stärker solidarisieren. Schließlich stellen wir die Mehrheit der Beschäftigten in den öffentlichen Verwaltungen. Nur gemeinsam können wir etwas bewegen und den digitalen Wandel frauen- und familienfreundlich gestalten“, machte die Vorsitzende der **dbb**

bundesfrauenvertretung deutlich. Am 8. März feiern Frauen in der ganzen Welt den Internationalen Frauentag. Deutschland zählt zu den Pionierländern, die diesen Tag seit seiner Entstehung 1911 begehen. Die Vereinten Nationen (UN) hatten den Weltfrauentag 1977 als „Tag für die Rechte der Frau und den Weltfrieden“ ausgerufen. Es hat lange gedauert, bis in der Männerdomäne des Justizvoll-

zuges auch Frauen ihren Mann standen. Seit dem hat sich im Justizvollzug einiges verändert. Zwischenzeitlich sind 25% der Beschäftigten in den Berliner Haftanstalten weiblich.

Es gibt weiterhin viel zu tun – auch im Justizvollzug!

Mit dem vereinbarten Gesundheitspakt wurden viele Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsqualität beraten. Ein wichtiger Aspekt ist hierbei die Arbeitszeit!



Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung. Foto: www.dbb.de

Derzeit wird auch über deren Flexibilisierung nachgedacht. Dabei haben vor allem Frauen mit der Vereinbarkeit von Familien und Beruf im Schicht- und Wechseldienst Probleme.

Das gilt dann oftmals auch für den Partner, wenn dieser ebenfalls zu unterschiedlichen Zeiten berufstätig ist.

Die Frauenförderpläne in den Anstalten müssen aus Sicht des **BSBD** Berlin überprüft werden. Hier gibt es vor allem im allgemeinen Justizvollzugsdienst in den Spitzenämtern noch Nachholbedarf.

Die Arbeitswelt verändert sich! Frauenförderung 4.0

Das gilt auch für den Justizvollzug, einem ganz besonderen Sicherheitsbereich mit hohen Anforderungen. Schon jetzt ist ohne IT-Anwendung der Arbeitsalltag nicht zu bewerkstelligen.

Die Digitalisierung hält immer mehr Einzug. Das verändert die Arbeitswelt nachhaltig. Konzepte, wie der Justizvollzug damit umgehen will, sind nur grob vorhanden. Dabei geht es auch um veränderte Kompetenzen, wie Teamfähigkeit, Kommunikation und Kreativität, die an die Beschäftigten gestellt werden. Eigenschaften, die vor allem auch Frauen zugeschrieben werden!

Wie sieht also Frauenförderung unter veränderten Bedingungen aus? Wie können Beförderungsverfahren geschlechterneutral weiterentwickelt werden? Hier werden vor allem neue Konzepte benötigt und ein grundsätzliches Umdenken der Führungskräfte.

Die **dbb frauenvertretung** führt unter dem Schlagwort „**Frauenförderung 4.0**“ am 11. Mai 2017 eine frauenpolitische Fachtagung durch und fordert ein Umdenken mit neuen Konzepten für eine neue Arbeitswelt – auch für Männer!

Ländertreffen in Hamburg – BSBD schlägt Alarm

Wachsender Personalmangel vergrößert das Sicherheitsrisiko auch in Berlin

Das Image des Justizvollzuges muss verbessert werden

Der Bundesvorsitzende des BSBD, René Müller, hat den bundesweiten Personalmangel in den Justizvollzugsanstalten kritisiert. In einem Zeitungsartikel der Welt vom 14.3.2017 hat er auf die besondere Situation hingewiesen und befürchtet immer mehr Übergriffe!

Anlässlich eines Treffens von **BSBD**-Vertreter/innen in Hamburg hat der Bundesvorsitzende auch vor dem immer größer werdenden Personalmangel in den Vollzugsanstalten gewarnt. Unter dem Personalmangel leide die Betreuung der Gefangenen – und damit auch deren Chance auf Resozialisierung wird **Müller** zitiert.

Der **BSBD** Berlin schließt sich dieser Sichtweise an. Der wachsende Personalmangel hat ein immer größer werdendes Sicherheitsrisiko in den Berliner Vollzugsanstalten zur Folge. „Die Arbeit am und mit dem Inhaftierten rückt immer weiter in den Hintergrund, weil wir mit dem vorhandenen Personal versuchen müssen die Sicherheitstufgaben wahrzunehmen“, äußerte sich der Landesvorsitzende des **BSBD** Berlin, **Thomas Goiny**, zur Berliner Sicht.

Die meisten Menschen in Deutschland sehen die Zuständigkeit für den Bereich der inneren Sicherheit bei der Polizei und der Feuerwehr. Der Justizvollzug wird dabei selten wahrgenommen. „Sogar die Geheimdienste haben durch James Bond ein besseres Image als wir“, beklagt **Thomas Goiny** weiter.

Erst jetzt fängt die Politik und die Verwaltung an, wenigstens offiziell, mit zusätzlichem Personalanmeldungen für den nächsten Haushalt 2018 /2019 mit zusätzlichem Personal und neuen Konzepten auf die gefährlichen Gefangenen einzugehen.



Eine schriftliche Anfrage der **SPD**-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus zeigt die Defizite hierbei deutlich auf. Die Untersuchungshaft wurde vorsichtshalber erst gar nicht hinterfragt.

Oftmals können auch aus Personalmangel Fortbildungsmaßnahmen von den Beschäftigten nicht angetreten werden. Die Hauptverantwortung liegt aus Sicht des **BSBD** Berlin in der jahrelangen verfehlten Personalpolitik, die auch den Justizvollzug bereits voll erreicht hat.

Der **BSBD** sieht in der dezentralen Unterbringung ohne ausreichend geschultes Personal die Gefahr der Bildung von Subkulturen und der Beeinflussung der übrigen Gefangenen. Dazu gehören vor allem slawistische Gefangene und nach wie vor die Rockerszene in den Haftanstalten.

Auch die Sicherheitsausstattung für die Beschäftigten wurde nicht wie zugesagt umgesetzt. Der mit vielem Aufwand betriebene Aufbau einer Drogenhundestafel im Justizvollzug ist komplett eingeschlafen. Die zur Verfügungstellung von Sicherheitswesten und stichfesten Handschuhen für alle Beschäftigten wurde nur punktuell umgesetzt.



JVA Moabit.

Foto: BSBD

Tarifergebnis:

Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf Beamte gefordert

Einkommensrunde für den dbb berlin und den BSBD Berlin noch nicht beendet – Wir bleiben am Ball!

„Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin erwartet von Senat und Abgeordnetenhaus die unverzügliche zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Ergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie die Pensionäre zuzüglich der Angleichung an die Bundesbesoldung“, forderte der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, unmittelbar nach Bekanntgabe des Tarifergebnisses. Insofern ist die Einkommensrunde für den dbb berlin noch nicht beendet.

Das Ergebnis:

Am 17. Februar 2017 haben die Tarifparteien unterschrieben. Tarifbeschäftigte erhalten insgesamt im Volumen 4,35 % Prozent mehr Gehalt.

Dies geschieht in folgenden Schritten:

Ab 1. Januar 2017:

Einkommenserhöhung 2 Prozent

(Azubis 35,00 Euro), mindestens jedoch 75,00 Euro für EG 1 – 8; EG 9 (Stufen 1 – 3); EG 10 – 12 (Stufe 1); EG KR 3 a, 4 a, 7 a; EG KR 8 a (Stufen 1 – 5); EG KR 9 a (Stufen 3 – 4); EG KR 9 b (Stufe 3).

Ab 1. Januar 2018:

Einkommenserhöhung 2,35 Prozent

(Azubis 35,00 Euro)

Anpassung tut not!

Die schnelle Umsetzung der zusätzlichen Angleichungskomponente ist zwingend notwendig, weil die bessere Bezahlung bei den überwiegend in Berlin angesiedelten Bundesbehörden viele Landesbeschäftigte zu einem Wechsel in die Bundesverwaltung verlockt. „Das ist auch bei einem Gehaltsunterschied von 400,00 bis 500,00 Euro monatlich in ein und derselben Besoldungsgruppe nicht verwunderlich“, so **Becker** wörtlich.

Abwanderungstendenzen seien verwaltungsübergreifend, insbesondere aber bei den Sicherheitsbehörden verstärkt festzustellen. „Aber auch junge, frisch ausgebildete Kolleginnen und Kollegen werden sich zukünftig überlegen, von welchem Dienstherrn sie ihre Ernennungsurkunde entgegennehmen, wenn die Besoldungsangleichung in Berlin ausbleibt“, warnt der **dbb** Landesschef eindringlich.

„Senat und Abgeordnetenhaus müssen in Sachen Angleichung auch deshalb schnell handeln, weil mehrere Tausend Stellen, die in den nächsten Jahren aus Altersgründen frei werden, wieder durch qualifizierte Nachwuchskräfte besetzt wer-



Frank Becker, Landesvorsitzender dbb berlin.

Foto Friedhelm Windmüller

den müssen“, argumentiert **Frank Becker** weiter.

Mit seiner Unterschrift unter den Tarifvertrag mit der TdL, so der **dbb** Landeschef abschließend, habe der **dbb beamtenbund und tarifunion** unterstrichen, dass es wichtig und richtig ist, die Leistungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu honorieren.

Entsprechende Anerkennung erwartet der **dbb berlin** jetzt für die Beamtinnen

und Beamten, Richterinnen und Richter und Pensionäre des Landes.

Verbesserungen für den Vollzug notwendig

Der **dbb berlin** führt derzeit eine Vielzahl von Gesprächen mit den Fraktionen im Abgeordnetenhaus von Berlin und mit den Senatoren, um die Forderungen umzusetzen.

In einem ersten offenen und vertrauensvollen Gespräch mit der **SPD**-Fraktion hat die Landesleitung des **dbb berlin** eine zügige Anpassung der Besoldung angemahnt. Es wurden weitere intensive Gespräche über die Zukunft des öffentlichen Dienstes vereinbart. Für den Vollzug (Feuerwehr, Justiz und Polizei) wurde die Erhöhung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (sog. DuZ) und die Schicht- und Wechseldienstzulage sowie die Ruhegehaltsfähigkeit der Vollzugszulage als wichtige Anreizsysteme angesprochen.

Der **BSBD Berlin** wird sich in den folgenden Wochen mit den im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien intensiv austauschen und sich weiter für die Anerkennung und Wertschätzung des Justizvollzuges einsetzen.



V.l.n.r.: Raed Saleh und Frank Zimmermann.

Foto: dbb berlin

■ **Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €**

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
effektiver Jahreszins
2,77%
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate

Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

www.Autokredit.center

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH

E3, 11 Planken

68159 Mannheim

Tel.: (0621) 178180-0

Info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte 6.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldentwurf, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsicherung.

Training für Spezialkräfte

Zwei Tage mit den Großmeistern der Selbstverteidigung in Berlin

DPoIG Berlin lädt BSBD Mitglieder zur kostenlosen Teilnahme ein

Am 18. und 19. März hatte die DPoIG Berlin mehrere WingTsun-Meister in Berlin, darunter SEK- und FBI-Ausbilder und Großmeister Prof. Dr. sc. Keith R. Kernspecht eingeladen.

Die DPoIG-Mitglieder hatten hier die Chance, mit ihnen zu trainieren und die speziellen Fertigkeiten dieser Verteidigungsart zu erlernen, zu vertiefen und

nicht nur hautnah in Perfektion zu erleben, sondern auch selbst mitzumachen. Das Seminar ist zwar auf die polizeiliche Selbstverteidigung ausgelegt, ist aber mit allen Selbstverteidigungsvarianten vereinbar. Das Seminar bot den Spezialkräften der Polizei am Samstag einen ganzen Tag zum Training an. Am Sonntag hatten dann die Kolleginnen und Kollegen aus allen anderen Bereichen die Möglich-

keit, ihr Wissen zu vertiefen. Die DPoIG Berlin hatte auch den Mitgliedern der DSTG und des BSBD Berlin die kostenlose Teilnahme an dem Kurs ermöglicht, wofür wir als BSBD Berlin recht herzlichen Dank sagen.

Eine gelungene Veranstaltung, die auch im nächsten Jahr wiederholt werden soll. Wir werden den Termin wieder rechtzeitig bekannt geben. *Euer BSBD Berlin*



Fotos (2): ©Lars Frosina



Zumindest eine Dankesurkunde bei Dienstjubiläum vor 2016

Jubiläumssurkunde für geleistete Dienste nachträglich möglich

Anregung des dbb beamtenbund und tarifunion berlin wurde aufgegriffen

Auf Anregung des **dbb beamtenbund** und **tarifunion berlin (dbb berlin)** teilte Innensenator **Andreas Geisel** schriftlich mit, dass er die Bitte des **dbb berlin** aufgreifen wird, denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die auf Grund der Stichtagsregelung nach neuem Recht keinen Anspruch auf die Gewährung einer Jubiläumssurkunde sowie die Aus-händigung einer Dankurkunde haben, zumindest nachträglich noch eine Jubiläumssurkunde auszuhändigen, um ihre treu geleisteten Dienste entsprechend zu würdigen. Die Erarbeitung eines entsprechenden Rundschreibens an die

Behörden des Landes Berlin mit der Empfehlung, Beamtinnen und Beamten in diesen Fällen nachträglich Dank und Anerkennung auszusprechen, wurde durch den Innensenator **Andreas Geisel** veranlasst.

Das Rundschreiben soll dem **dbb berlin** nach erfolgter Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung zu gegebener Zeit zur Kenntnis übersandt werden.

Soweit Beamtinnen und Beamten nicht bereits aus demselben Anlass eine entsprechende Urkunde ausgehändigt

wurde, würden sie diese künftig nachträglich erhalten, auch wenn der Jubiläumstag vor dem 1. Januar 2016 liegt. Auch wenn wir im Rahmen der Wiedereinführung der Jubiläumssurkunde für Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter im Land Berlin leider nicht erreichen konnten, dass diese auch für Dienstjubiläen vor dem 1. Januar 2016 gezahlt werden, war es aus der Sicht des **dbb berlin** das Mindeste, dass die Kolleginnen und Kollegen für ihre langjährigen treu geleisteten Dienste eine entsprechende Dankesurkunde erhalten.



Europa wächst zusammen: „Die Schweiz“

Behandlungsvollzug mit tiergestützten Therapien

Seminar vom 16. bis 18. Januar 2017 im Haus „Insel Reichenau“

An einem dreitägigen Seminar des **BSBD-Bundesverbandes** haben für Berlin **Silke Jonas**, Personalratsvorsitzende der **JVA Moabit**, und **Birgit Polnik**, Frauenvertreterin der **JVA Moabit** und stellv. Landesvorsitzende des **BSBD Berlin**, gemeinsam mit weiteren **18 Bediensteten des Justizvollzuges aus verschiedensten Bundesländern** teilgenommen.

Nach langer Anreise gab es am ersten Tag grundsätzliche Informationen über das System des Strafvollzuges in der Schweiz, da auch am darauffolgenden Tag eine Besichtigung eines Offenen Vollzuges in der Schweiz erfolgen sollte.

Gemeinsam mit unserem Bundesvorsitzenden **René Müller** bereiteten wir uns auf die Besichtigung und die unserem Strafvollzug ähnlichen Gesetze vor.

Am zweiten Tag des Seminars ging es dann mit dem Bus zum Kanton St. Gallen, zur Strafanstalt Saxerriet, der dem offenen Vollzug gleichgestellt ist. Dort angekommen wurden wir herzlich vom Direktor

der Strafanstalt Herrn **Martin Vinzens** begrüßt. In einer Präsentation stellte er uns die Ziele und Aufgabe seiner Strafanstalt vor. Interessant war zu erfahren, dass dort Inhaftierte durch den Umgang mit Tieren – besonders mit Eseln – therapiert werden.

Ebenso werden die Inhaftierten im Bereich der Landwirtschaft, wie z. B. der Reparatur von Traktoren oder anderen landwirtschaftlichen Gerätschaften, sowie der Pflege von Kälbern, Rindern und Pferden, eingesetzt und bilden im Vollzugsalltag einen wichtigen Bestandteil des Vollzugszieles.

Die Lage der Strafanstalt zwischen Wasser und Bergen, sowie die interessanten Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme am Vollzugsleben, machen diese Vollzugsform (offener Vollzug) auch aus Sicht der Beschäftigten sehr interessant.

Beim gemeinsamen Austausch am darauffolgenden Abend, stellten die Teilnehmer – egal aus welchem Bundesland – fest, dass man in Deutschland noch sehr weit entfernt ist von solch positiven Haftvor-



aussetzungen für Inhaftierte. Dies führt auch zu einer deutlich höheren Arbeitszufriedenheit bei den Bediensteten. Zum einen drückt uns in Berlin besonders der Besoldungsabstand zu den anderen Bundesländern und zu den Bundesbehörden und zum anderen der Personalschlüssel, der allen jeden Tag Bauchschmerzen bereitet.

Am dritten und letzten Tag gab es noch einmal einen Bericht und Erfahrungsaustausch mit Bediensteten der **JVA Konstanz**, hier die Außenstelle in Singen, zum Thema alternde Gefangene in den Justizvollzugsanstalten. Mit diesem Problem müssen auch wir uns zunehmend befassen. Die Anzahl der älter werdenden Inhaftierten steigt langsam aber beständig an. Was muss getan werden, wenn ein Inhaftierter ins Rentenalter kommt, oder pflegbedürftig wird, welche Versorgung und Betreuung benötigt er. Dazu bedarf es auch zusätzliche Qualifikationen für die Beschäftigten. Eine ebenfalls neue Herausforderung für den Vollzug und alle Bediensteten. Hier ist vor allem der Informationsaustausch notwendig.

Alles in allem war es wieder ein umfangreiches, sehr interessantes und diskussionsreiches Seminar des **BSBD-Bundesverbandes**, aus dem wir viele Anregungen mitgenommen haben. Danke an die Veranstalter dieses Seminars. *Birgit Polnik*

Das „Wir-Gefühl“ ist besonders wichtig

Personalräteschulung – Aktuelles Dienstrecht



In einer zweitägigen Schulung am **22. und 23. März 2017** haben sich **Kolleginnen und Kollegen aus den Personalräten der Berlin Justizvollzugsanstalten** über die Veränderungen im Dienstrecht informiert.

Dabei wurde auch die aktuelle Rechtsprechung mit einbezogen. Die Fortbildung gehört zu einer Vielzahl an Seminaren des **dbb berlin** für seine Fachgewerkschaften, um vor allem die neugewählten Personalvertretungen nach den Personalrats-

wahlen im letzten Jahr fortzubilden. Für den **BSBD Berlin** ist dabei das „Wir-Gefühl“ besonders wichtig, da die Arbeitsverdichtung und der Arbeitsdruck auch an den Personalvertretungen nicht spurlos vorbeigehen.

Und so konnten auch Kolleginnen und Kollegen an den Schulungen teilnehmen die nicht im **BSBD** organisiert sind. Aus Sicht des **BSBD Berlin** ist diese enge Zusammenarbeit aber wichtig, um die kommenden Probleme im Justizvollzug gemeinsam zu lösen.

Weitere Seminare in 2017:

Der **BSBD-Bundesverband**, als auch der **BSBD-Berlin** bieten über den **dbb berlin** und die **dbb akademie** zusätzlich hilfreiche Seminare für den dienstlichen Alltag an: einfach hier mal stöbern: www.dbbakademie.de